



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Weltspiegel

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Weltspiegel

Von Westen nach Osten. Wenn deutsche Politiker Reden an ihre Parteifreunde halten, so handeln sie meistens, als ob es weder Zeitungen noch Telegraph gäbe. Hat Herr Stresemann sich klar gemacht, wie seine Pforzheimer Rede im Auslande wirken muß? Ohne Zweifel ist es richtig, wenn er es ablehnt, die Orientierung der Innenpolitik von ihrem Einfluß auf die außenpolitische Wirkung abhängig zu machen. Innerpolitisch soll man immer nur das Notwendige und Richtige tun. Außerdem haben die Ereignisse zur Genüge bewiesen, daß selbst eine sozialistische Regierung die außenpolitische Lage nicht zu verbessern vermag; das einzige, wirklich richtige Abkommen seit dem Friedensvertrag, das auf dem Fuße der Verhandlung von Gleich zu Gleich zustande kam, ist nicht mit einem Sozialdemokraten, sondern mit dem bürgerlichen Rathenau abgeschlossen worden. Wenn aber Herr Stresemann dann fortfährt, erneut die Unerfüllbarkeit des Londoner Ultimatum zu betonen, so ist das ganz gewiß nicht der Weg, die Anhänger deutsch-französischer Zusammenarbeit in Frankreich zu stärken, und falls nicht England wieder einen sehr energischen Vorstoß gegen Briand unternimmt, wozu bei den sonstigen Sorgen Englands, und nachdem wir selbst so töricht gewesen sind, die Aktion zugunsten unserer Aufnahme in den Völkerbund, für die die Stimmung in Genf sogar nach französischen Berichten günstig war, aufzugeben, in absehbarer Zeit kein Anlaß geboten sein dürfte, so kann Herrn Stresemanns unbedachte Äußerung, die um mindestens acht Wochen zu früh kam, sogar dem Kabinett Briand die Macht kosten. Denn in Frankreich hat die Opposition stets die Behauptung aufgestellt, daß das Kabinett Wirth nur Lückenbüßer und Platzhalter für die Bestrebungen der Schwerindustrie sei, und scheint nun Recht zu bekommen. Ich bin gewiß für aktive Politik, aber in diesem Falle mußte man warten, bis die Strömung, die in Frankreich auf Verständigung ausging, erstarke, bis in England die Arbeitslosennot so gestiegen war, daß man, um sich den Kunden Deutschland zu erhalten, auf weitere deutsche Zahlungen von selbst verzichtete und bis die ganze Frage erneut, wie beabsichtigt zu sein scheint, auf der Washingtoner Konferenz zur Diskussion gestellt wurde. Aber Herr Stresemann kann nicht warten, er hat von jeher etwas von Erzbergers Hastigkeit gehabt, und es wäre, wie sich aus seinem Verhalten während des Krieges leicht nachweisen ließe, verhängnisvoll, ihm irgend welchen Einfluß auf die Führung der außenpolitischen Geschäfte einzuräumen.

Herr Stresemann könnte von König Karl von Ungarn lernen, der nie Reden hält und dabei doch tut, was er will. Seine zweite Rückkehr nach Ungarn steht bevor, und wenn es ihm auch nicht gelungen ist, die mit vielem, ohne Zweifel französischem, vielleicht auch klerikalem Gelde vorbereitete Aufnahme Ungarns in den Völkerbund durchzusetzen, die seine Rückkehr in formal-juristischer Beziehung erleichtert hätte, der aber die Rumänen, ohne Zweifel im Auftrage der gesamten kleinen Entente, widerstrebten, und wenn auch das Ultimatum der Entente an Ungarn in bestimmterer Form Räumung des Burgenlandes fordert, so hat man in Ungarn, wo die monarchistische Bewegung inzwischen noch stärker geworden ist, als sie im Frühling war, Gründe, dies nicht so schrecklich tragisch aufzufassen. Denn erstens ist dies Ultimatum nur nach beträchtlichem Zögern und Schwanken zustande gekommen, zweitens hat die Entente das mit verdächtigem Eifer gemachte Anerbieten der getreuen Nachbarn, der Tschechei und Südslawien, Ungarn zur Raison zu zwingen unter der Befürchtung, der schon lang erstrebte und bei dieser Gelegenheit nun leicht und rasch mit Aussicht auf Dauerhaftigkeit errungene tschechisch-jüdislawische Korridor könnte die auf solche Weise vereinigten Slawen zu weiterer Emanzipation von der großen Entente ermutigen, abgelehnt. Drittens sieht das Ultimatum selbst schon vierzehn Tage vor Räumung vor, in denen viel geschehen kann, und viertens macht es keineswegs den Eindruck großer Entschlossenheit. In der Tat ist die große Entente Ungarn gegenüber in nicht geringer Verlegenheit. Daß eine Blockade Ungarn nicht trifft, sondern

höchstens Österreich schadet, hat bereits die Gewerkschaftsaktion gegen Ungarn im vorigen Jahr erwiesen. Eine einmal entfesselte tschechisch-südslawische Aktion, die man sich selbst überlasse, würde nur neue Beunruhigung in Mitteleuropa hervorrufen und wäre schwer zu zügeln, würde aber auch wahrscheinlich wieder zu unangenehmen Streitigkeiten zwischen den Slawen selbst führen. Rumänien möchte sich aus Furcht vor immer noch drohenden russischen Angriffen in Bessarabien und mit Rücksicht auf die immer noch gespannte Lage in den neuen, ehemals ungarischen Gebietssteilen, auf ein aktives Eingreifen nicht einlassen. Italien möchte Beziehungen zu künftigen ungarischen Machthabern nicht grundlegend vertreten und ein von dem italienischen Gesandten in Belgrad vorgeschlagenes italienisch-südslawisches Zusammenwirken würde mit ziemlicher Sicherheit zu beträchtlichen Reibereien führen, da wohl die Regierungen friedliche Absichten haben, die völkischen Gegensätze zumal zwischen Angehörigen der Heere in unverminderter Stärke weiterbestehen. Dazu kommt, daß in Frankreich, das offiziell, aus Furcht einen verhängnisvollen Präzedenzfall zu schaffen und den Anfluß Österreichs an Deutschland zu fördern, die strikte Ausführung des Vertrages von Trianon fordert, unter der Hand immer noch starke Sympathien für eine monarchische Restauration in Ungarn bestehen, von der man hofft, daß sie den österreichischen Anschluß endgültig verhindern, vielleicht sogar ihrerseits einen Anschluß Süddeutschlands, mindestens Bayerns, zustande bringen und das protestantische Preußen so in Deutschland isolieren würde.

Die Engländer, die ihre Donauschiffahrts- und ihre rumänischen Petroleuminteressen bereits ins Trockene gebracht haben, sehen der weiteren Entwicklung in Ungarn mit größter Ruhe zu, sind dafür aber auf dem Balkan um so eifriger darauf bedacht, die französischen Bemühungen zum Zustandekommen eines neuen Balkanbundes zu überwachen und einstweilen durch Dienstbarmachung Griechenlands und durch Begünstigung Italiens, das sich seinen seit Kriegsende sehr beträchtlichen Einfluß auf dem Balkan gleichfalls nicht rauben lassen möchte, möglichst zu verhindern. Am tätigsten aber sind sie in Konstantinopel, wo sie, just zu der Zeit, da die griechische Offensiv vor Angora zum Stehen kam, und die Griechen den Nachschub von Material aus den türkischen Entwaffnungsmagazinen, den sie vorher wegen der Neutralität der Meerengen nicht bekommen konnten, dringend nötig hatten, ein bolschewistisch-national-türkisches Komplott „entdeckt“ haben. Der General Harrington proklamierte daraufhin den Ausnahmezustand, der ihnen unbedingte Vollmacht gab, zu tun und zu lassen, was ihm beliebte, das heißt zum lebhaften Mißvergnügen der Franzosen weitere Schritte zur endgültigen Anglisierung Konstantinopels zu tun. Dabei ist es auffällig, daß von den 28 von dem englischen Oberbefehlshaber der türkischen Behörde namhaft gemachten Teilnehmern an dem Komplott 11 nicht gefaßt werden können, weil sie in Anatolien weilen und 17 unauffindbar sind. Damit soll natürlich nicht gesagt werden, daß das Komplott überhaupt nicht bestanden hat. Zu allen Zeiten in allen unruhigen Ländern bestehen Komplote, über die die Polizei sehr gut unterrichtet ist, die aber immer erst entdeckt werden, wenn die Regierungen die Entdeckung brauchen können. Die Engländer, aber auch die Russen, sind von jeher Meister in der Kunst solcher opportuner Entdeckungen gewesen. Zugleich mit diesen Vorgängen und um sowohl sie wie die griechische Niederlage in den Hintergrund des Interesses zu schieben, hat England an die Sowjetregierung eine scharfe Note ausgehen lassen, die über die schlechte Innehaltung der im englisch-russischen Handelsvertrag vorgesehenen Einstellung der Sowjetauslandspropaganda, namentlich in Mittelasien, Klage führt. Daß die russische Regierung ihr Versprechen nicht halten würde, war freilich vorauszusehen, und auch in England wird man sich darüber keine Illusionen gemacht haben. Es erweist sich aber sogar an den Sowjets, daß dergleichen gebrochene Versprechen die diplomatische Lage einer Regierung stets verschlechtern, die des Gegners dagegen verbessern. Denn gleichzeitig konnte jetzt England vom Völkerbund aus, der, wie sich hier wieder zeigt, trotz seiner Ohnmacht ein diplomatisches Instru-

ment von hohem Werte ist, eine neue Offensive gegen Rußland unternehmen, indem es ihn die bisher immer noch vorsichtig zurückgehaltene Anerkennung der Randstaaten aussprechen ließ. Das beweist, daß man die militärische Kraft Rußlands in englischen Kreisen nicht mehr fürchtet. Die Anerkennung Lettlands und Estlands bildet auf diese Weise die Quittung für Rußlands Auftreten in Afghanistan, wo zur großen Beklemmung Englands die in Kabul mit den Afghanen gepflogenen Verhandlungen ohne Ergebnis abgebrochen werden mußten.

Was endlich die Washingtoner Konferenz betrifft, so kann die Ablehnung von Lloyd George, an ihr persönlich teilzunehmen, als ein endgültiges Anzeichen dafür angesehen werden, daß die geheimen Vorverhandlungen gescheitert und die Konferenz ergebnislos verlaufen wird. Daß das englisch-amerikanisch-japanische Bündnis, von dem manche schwärmten, nicht mit Bezug auf den Stillen Ozean, wo alle drei Gegner waren, höchstens gegen China als ein Ausbeutungskonzern zustande kommen konnte, war von vornherein klar, die zweifelhafte und wirklich zurückhaltende Haltung Englands aber, das von Amerika nicht ins Schlepptau genommen, an Japan sich nicht binden wollte, hat die Japaner, die außenpolitisch sehr mannigfaltig orientiert sind und überall auf Gegner, am stärksten aber auf Amerikaner stoßen, aus Angst, in Washington majorisiert zu werden, dazu veranlaßt, eine Annäherung an das bisher so schroff behandelte China zu suchen. Man zog nicht nur die berüchtigten 21 Forderungen von 1915 zurück, sondern schlug am 7. sogar ein glückliches Arrangement über Tsingtau vor, das folgende Punkte enthält: Die an Deutschland konzedierte Rechte werden China zurückgegeben. Die japanische Regierung verzichtet auf die ausschließlich japanischen Konzessionspläne oder auf die internationalen Konzessionen in Tsingtau, falls China sich verpflichtet, spontan alle konzedierte Bezirke von Kiautschou als Handelshafen zu öffnen und allen Fremden freien Aufenthalt zu gestatten für jede gesetzlich zulässige Tätigkeit. Auch muß sich China verpflichten, erworbene Rechte aller Ausländer in diesen Bezirken zu achten. Außerdem muß China sogleich alle noch zu bestimmenden Städte und Dörfer im Innern der Provinz Schantung, dem Wohnsitz und Handel aller Fremden, öffnen. Die Eisenbahn Kiautschou—Tsinanfu ferner und alle Bergwerke an dieser Strecke werden in gemeinsamen chinesisch-japanischen Betrieb genommen. Japan verzichtet auf alle Vorzugsrechte betreffs fremder Unterstützung in Personal, Kapital, Material, die der chinesisch-deutsche Vertrag vom 6. März 1898 vorsieht. Die Rechte auf Verlängerung der Bahn Kiautschou—Tsinanfu sowohl wie die Pläne für den Bau der Bahn Yentai—Weißhen werden dem internationalen Finanzkonsortium in China zu gemeinsamer Aktion zur Verfügung gestellt. Die Stellung der Zollverwaltung in Tsingtau wird präzisiert. Die japanischen Truppen an der Bahn Kiautschou—Tsinanfu werden zurückgezogen, sobald China eine geeignete Polizeitruppe zur Überwachung zur Verfügung stellen kann.

Die chinesische Presse, besonders im Süden, hat sich einstweilen zwar gegen das Abkommen ausgesprochen und bedingungslose Zurückstellung Tsingtaus gefordert, doch ist eine die Stellung Japans natürlich bedeutend verstärkende Einigung in dieser für den Augenblick für beide Länder brennendsten Frage so wenig ausgeschlossen, daß, „Asahi“ zufolge, die Amerikaner, natürlich um sie hintanzuhalten, vielleicht aber auch, um die Engländer zu verdrängen, ihre Vermittlung anboten und, als diese abgelehnt wurde, nichts Besseres zu tun wußten, als plötzlich Rußland Wahrung seiner territorialen Rechte in Washington zu versprechen. Die Japaner aber können sich jetzt auf den Standpunkt stellen, den das Regierungsblatt „Chuo“ bereits am 26. Juli aussprach: es gäbe eigentlich keinerlei schwierige ostasiatische Fragen, die einer Regelung auf internationaler Basis bedürften und hoffentlich werde China klug genug sein, nicht durch eine ungeschickte Politik die Einmischung der Mächte in seine inneren Angelegenheiten heraufzubeschwören. Nach alledem hat es den Anschein, als ob, abgesehen von der Befestigung der japanischen Vormachtstellung, alles beim Alten bleibt, zumal der Präsident Harding aus innerpolitischen Gründen, dem sehr unbestimmt gehaltenen Programm nach zu urteilen, auch seine Gegenbölkerbunds-idee aufgegeben hat.

Menenius